

Antrag 40/I/2019**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Einstieg in die Arbeitswelt für Migrant*innen erleichtern**

1 Zur Zeit leben ca. eine Million geflüchtete Menschen in
 2 Deutschland. Für diese Menschen ist ein Einstieg in den
 3 Arbeitsmarkt deutlich erschwert, selbst mit nachgewie-
 4 senen Sprachzertifikaten scheuen nicht wenige Arbeitge-
 5 ber*innen die Einstellung einer geflüchteten Person. So
 6 sind nur knapp 40% der Geflüchteten, die meisten davon
 7 entweder Prekär oder im Niedriglohnsektor, beschäftigt.
 8 Ein Großteil ca. 50% ist arbeitssuchend und der Rest ist ar-
 9 beitslos gemeldet. Damit unterscheiden sich diese Werte
 10 signifikant von anderen Vergleichsgruppen.

11 Hinzu kommt die Tatsache, dass die meisten Migrant*in-
 12 nen in Deutschland eine Tätigkeit ausüben, die unterhalb
 13 ihrer beruflichen Vorbildung im Ursprungsland liegen - sie
 14 sind nicht "bildungsadäquat" verpflichtet.

15 Dies ist ein Zustand der nicht weiter hinnehmbar ist.

16

17 Integration ist keine Einbahnstraße, sie verlangt nicht nur
 18 die Bereitschaft einer immigrierten Person sich in die Ge-
 19 sellschaft zu integrieren, sondern sie verlangt auch eine
 20 Gesellschaft, die in erster Linie die Möglichkeiten und die
 21 Bereitschaft schafft, Menschen zu helfen, die Rahmenbe-
 22 dingungen etabliert, wo jeder neu hinzugezogen Mensch
 23 sich willkommen fühlt. Das heißt im Klartext: Zugang zu
 24 Bildung, Arbeit und Spracherwerb.

25

26 Damit dieser Zugang von Seiten des freien Arbeitsmarktes
 27 gewährleistet werden kann sind eine Reihe von Maßnah-
 28 men nötig:

29

30 **Wir fordern von den Mandatsträger*innen der SPD in**
 31 **den Landtagen, der Landesregierungen, des Bundestages**
 32 **und der Bundesregierung sich für flächendeckende an-**
 33 **onymisierte Bewerbungsverfahren einzusetzen und sol-**
 34 **che in einer Gesetzesnorm zu verankern. Damit solche Be-**
 35 **werbungsverfahren nicht nur für öffentliche Stellen ver-**
 36 **pflichtend sind, sondern auch im freien Arbeitsmarkt.**
 37 **Nur dies würde dem Allgemeine Gleichbehandlungsges-**
 38 **etz entsprechen und gleiche Chancen für jede*n Bewer-**
 39 **ber*in ermöglichen.**

40

41 **Wir fordern von den Mandatsträger*innen der SPD in den**
 42 **Landtagen, der Landesregierungen, des Bundestages und**
 43 **der Bundesregierung auf, gemeinsam mit Unternehmen**
 44 **und Gewerkschaften Vielfaltsmodelle zu formulieren.**

45

46 **Wir fordern von den Mitgliedern des Bundestages und**
 47 **der Bundesregierung sich für einen Förderungsfond ein-**
 48 **zusetzen. Dieser soll Unternehmen fördern, welche nach-**
 49 **weislich, nachhaltige Praktika an Migrant*innen anbieten**

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Zur Zeit leben ca. eine Million geflüchtete Menschen in
 Deutschland. Für diese Menschen ist ein Einstieg in den
 Arbeitsmarkt deutlich erschwert, selbst mit nachgewie-
 senen Sprachzertifikaten scheuen nicht wenige Arbeitge-
 ber*innen die Einstellung einer geflüchteten Person. So
 sind nur knapp 40% der Geflüchteten, die meisten davon
 entweder Prekär oder im Niedriglohnsektor, beschäftigt.
 Ein Großteil ca. 50% ist arbeitssuchend und der Rest ist ar-
 beitslos gemeldet. Damit unterscheiden sich diese Werte
 signifikant von anderen Vergleichsgruppen.

Hinzu kommt die Tatsache, dass die meisten Migrant*in-
 nen in Deutschland eine Tätigkeit ausüben, die unterhalb
 ihrer beruflichen Vorbildung im Ursprungsland liegen - sie
 sind nicht "bildungsadäquat" verpflichtet.

Dies ist ein Zustand der nicht weiter hinnehmbar ist.

Integration ist keine Einbahnstraße, sie verlangt nicht nur
 die Bereitschaft einer immigrierten Person sich in die Ge-
 sellschaft zu integrieren, sondern sie verlangt auch eine
 Gesellschaft, die in erster Linie die Möglichkeiten und die
 Bereitschaft schafft, Menschen zu helfen, die Rahmenbe-
 dingungen etabliert, wo jeder neu hinzugezogen Mensch
 sich willkommen fühlt. Das heißt im Klartext: Zugang zu
 Bildung, Arbeit und Spracherwerb.

Damit dieser Zugang von Seiten des freien Arbeitsmarktes
 gewährleistet werden kann sind eine Reihe von Maßnah-
 men nötig:

Wir fordern von den Mandatsträger*innen der SPD in
den Landtagen, der Landesregierungen, des Bundestages
und der Bundesregierung sich für flächendeckende an-
onymisierte Bewerbungsverfahren einzusetzen und sol-
che in einer Gesetzesnorm zu verankern. Damit solche Be-
werbungsverfahren nicht nur für öffentliche Stellen ver-
pflichtend sind, sondern auch im freien Arbeitsmarkt.
Nur dies würde dem Allgemeine Gleichbehandlungsges-
etz entsprechen und gleiche Chancen für jede*n Bewer-
ber*in ermöglichen.

Wir fordern von den Mandatsträger*innen der SPD in den
Landtagen, der Landesregierungen, des Bundestages und
der Bundesregierung auf, gemeinsam mit Unternehmen
und Gewerkschaften Vielfaltsmodelle zu formulieren.

Wir fordern von den Mitgliedern des Bundestages und der
Bundesregierung auf sich dafür einzusetzen, das IQ Netz-
werk auf Bundes- und Landesebene auszubauen und zu
fördern.

50 **und sich dadurch auszeichnen, dass die meisten Prakti-**
51 **ka in einer Übernahme der betreffenden Person enden.**
52 **Dadurch werden Anreize an die Unternehmen geschaf-**
53 **fen sich mit nachhaltigen Praktika Angeboten zu befas-**
54 **sen und diese anzubieten.**

55

56 **Wir fordern von den Mitgliedern des Bundestages und der**
57 **Bundesregierung auf sich dafür einzusetzen, das IQ Netz-**
58 **werk auf Bundes- und Landesebene auszubauen und zu**
59 **fördern.**

60

61 Die Frage der Integration bzw. Inklusion ist nicht nur eine
62 politische Frage, sondern auch eine Haltungsfrage. Wol-
63 len wir den Menschen, welche vor Krieg und Hunger geflo-
64 hen sind, es in einem der reichsten Länder der Welt auch
65 noch unnötig schwer machen einen Neuanfang zu gestal-
66 ten? Wollen wir zulassen, dass die Menschen die vor Ar-
67 mut fliehen, hier in die Armutsfalle geraten? Wollen wir
68 dabei zusehen, dass Menschen die auf der Suche nach An-
69 erkennung sind, diese verwehrt bleibt?

70

71 Kurz um: Wollen wir dabei tatenlos zusehen oder uns tat-
72 kräftig und solidarisch für die Gleichheit der Teilhabe und
73 der Lebenschancen für die Migrant*innen einsetzen?

74

75 Diese Fragen könnten mit einer Zustimmung dieses An-
76 trags beantwortet werden.

Die Frage der Integration bzw. Inklusion ist nicht nur eine politische Frage, sondern auch eine Haltungsfrage. Wollen wir den Menschen, welche vor Krieg und Hunger geflohen sind, es in einem der reichsten Länder der Welt auch noch unnötig schwer machen einen Neuanfang zu gestalten? Wollen wir zulassen, dass die Menschen die vor Armut fliehen, hier in die Armutsfalle geraten? Wollen wir dabei zusehen, dass Menschen die auf der Suche nach Anerkennung sind, diese verwehrt bleibt?

Kurz um: Wollen wir dabei tatenlos zusehen oder uns tatkräftig und solidarisch für die Gleichheit der Teilhabe und der Lebenschancen für die Migrant*innen einsetzen?

Diese Fragen könnten mit einer Zustimmung dieses Antrags beantwortet werden.